
Newsletter Dezember 2016

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Weitere Veranstaltungen.....	S. 4
Mitteilungen, Hinweise und Veröffentlichungen.....	S. 4
Neu in der Bibliothek.....	S. 10
Am rechten Rand.....	S. 11
Bildnachweise und Impressum.....	S. 13

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

für den letzten Monat waren in Köln und Umgebung gleich zwei Veranstaltungen angekündigt, bei denen sogenannte Verschwörungstheoretiker sprechen sollten. Der Kongress der rechtsorientierten Zeitschrift „Compact“ fiel jedoch ins Wasser und wurde nach Berlin verlegt. In einem Video, das die Veranstaltung dokumentiert, heißt es: „Auch in Deutschland geraten unbequeme Wahrheiten immer öfter ins Visier von Antidemokraten.“ Die unbequemen Wahrheiten sind beispielsweise die Gefahren der „Umvolkung“, wie „Compact“-Chefredakteur Jürgen Elsässer es im Film ausdrückt.

Die Grundkonstellation, von der man ausgeht, ist ein imaginiertes Volk, das vom Merkel-Regime – also denen da oben – durch Geflüchtete und Muslime – also die anderen oder das „Außen“ – verdrängt, unterwandert und schließlich ausgetauscht werden soll. Wer aber das offen sage, der werde zensiert und unterdrückt. Diese Vorstellung prägte teilweise den von „Quer-Denken.TV“ organisierten Kongress Ende November. In der Einladung hieß es, dass „der Niedergang des herrschenden Systems [...] durch die rechtswidrige und den Frieden gefährdende Politik“ beschleunigt werde, „an deren Ende als Ziel die Zerstörung der Nationen und Kulturen Europas und die Abschaffung Deutschlands steht.“ Dass es sich dabei um eine langfristige Agenda von Großkapital, FED, UN und EU handele, könne man inzwischen bestens belegen.

Es geht gemäß den Organisatoren also (wieder) um einen Plan von Institutionen der Mächtigen, die das „Wir“ – ausgedrückt in der Nation – abschaffen möchte.

Dass Macht und Herrschaft sich nicht immer demokratisch legitimieren, ist unbestritten. Doch im Fall von „Quer-Denken“ und anderen werden nicht solche gesellschaftlichen Widersprüche diskutiert, sondern immer wieder die Behauptung aufgestellt, dass hinter diesen unverständenen komplexen globalen Zusammenhängen Verschwörungen einflussreicher mächtiger Gruppen stünden. Dabei werden vermeintliche „Beweisketten“ aufgebaut, die nicht nachzuprüfen sind und die oftmals durch einen Zirkelschluss die „Wahrheit“ belegen sollen. Das wirkt sich verstärkend auf antisemitische Vorstellungen, autoritäre Politikkonzepte und extrem rechte Weltbilder aus.

Zivilgesellschaftliche Interventionen stehen vor dem Problem, dass rationale Erklärungen bei überzeugten Verschwörunganhängern nicht fruchten werden. Vielleicht sollte man in solchen Fällen auch viel mehr die Unentschiedenen im Blick haben. Diejenigen, die sich vielleicht von bestimmten Verschwörungsnarrativen angesprochen fühlen, die aber noch offen für einen Dialog sind. Solche Auseinandersetzungen sind schwer. Doch gerade in Zeiten emotionalisierter politischer Kommunikation gibt es meines Erachtens keine Alternative zur Kraft des Arguments.

Ich wünsche Ihnen einen guten Jahresausklang und hoffe, dass Sie auch im nächsten Jahr mit Interesse unseren Newsletter lesen werden.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs



Rechtspopulismus im Aufwind. Wie kann eine Auseinandersetzung an Schulen aussehen?

Lehrerfortbildung, Mittwoch, 7. Dezember 2016, 13.30 Uhr, Stadthaus, Köln-Deutz

In Deutschland und ganz Europa sind zurzeit Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Sie greifen antisemitische, rassistische, völkische und antidemokratische Einstellungen auf, sie polemisieren gegen Geflüchtete und Muslime und emotionalisieren die politischen Debatten. Dies stellt unsere gesamte Gesellschaft und damit auch Lehrerinnen und Lehrer vor große Herausforderungen. Auch im schulischen Kontext stellt sich häufiger als in der Vergangenheit die Frage, wie man populistischen Argumentationsweisen begegnet.

Patentrezepte zur Auseinandersetzung mit diskriminierenden Einstellungen und Verhaltensweisen gibt es keine, wohl aber Ansätze, die Anregungen zum Umgang damit geben können. Eine Möglichkeit stellen zum Beispiel die für die Erwachsenenbildung entwickelten Methoden zum „Argumentieren gegen Stamm-

tischparolen“ dar, die auch auf den Schulunterricht übertragbar sind. Auf dieser Grundlage möchten wir Lehrerinnen und Lehrern Optionen aufzeigen, wie eine angemessene methodische und pädagogische Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtspopulismus in Angriff genommen werden kann.

Eingeladen sind alle Interessierten, insbesondere die Lehrerinnen und Lehrer der Fächer Politik/Sozialkunde, Deutsch, Geschichte, und alle anderen Interessierten.

Anmeldung bis 2.12.2016 unter <https://app-mb.lvr.de/KTeam/Event/event.asp?P=event&ENr=100867&KNr=37>

Forschung und Gedenken

Überlegungen zu einer spannungsreichen Beziehung

Podiumsdiskussion, Mittwoch, 7. Dezember 2016, 19.30 Uhr EL-DE-Haus



Vom 7. bis 9. Dezember 2016 findet im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln die 5. bundesweite Gedenkstättenkonferenz statt. Neben einer umfassenden Bestandsaufnahme steht die Weiterentwick-

lung der Gedenkstätten im Fokus der Tagung. Am 7.12. findet eine öffentliche Podiumsdiskussion statt, auf der Prof. Dr. Martin Sabrow vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam/ Humboldt-Universität zu Berlin, ein Impulsreferat über »Forschung & Gedenken – Überlegungen zu einer spannungsreichen Beziehung« hält.

Unter der Leitung von Dr. Werner Jung, Direktor des NS-DOK, diskutieren im Anschluss an den Vortrag: Prof. Dr. Günter Morsch, Stiftung Brandenbur-

gische Gedenkstätten/Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen
Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum, Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin und Dr. Nicola Wenge, Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e.V. – KZ-Gedenkstätte.

Veranstaltende sind: NS-DOK, Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland; FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen; Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen und die Stiftung Topographie des Terrors, Berlin.

Eintritt: frei



Die Milieus der AfD – Wer ist anfällig für Rechtspopulismus?

Vortrag, Donnerstag, 1. Dezember 2016, 19.30 Uhr, Universität zu Köln

Rosa Luxemburg Stiftung, Hochschulgruppe SOWI, Verein EL-DE-Haus e.V., Sozialistisches Forum Rheinland laden ein: „Die Wahlerfolge der AfD sind erschreckend. Sozialwissenschaftliche Studien belegen jedoch seit langem, dass es ein Potenzial für autoritäres und fremdenfeindliches Denken, für rechtsextreme Ideologien gibt. Solange die etablierten Parteien dieses Potenzial durch den Wohlfahrtsstaat und das Versprechen sozialer Sicherheit in der politischen Mitte binden konnten, blieb es verborgen. Doch nach der neoliberalen Wende polarisiert sich die Gesellschaft – sozial und auch politisch.“

Wie groß ist nun das Potenzial für Rechtspopulismus? Und wo ist es zu verorten? In der „Mitte der Gesellschaft“, wie es der Titel der Leipziger Studie zur „enthemmten Mitte“ suggeriert, die im Juni veröffentlicht wurde? Oder sind es die

sozialen und geografischen Randgruppen? Oder ist diese Anfälligkeit in allen Schichten zu finden und bedarf es einer differenzierten Betrachtung sozialer und politischer Milieus, wie sie die hannoversche Forschergruppe um Michael Vester entwickelt hat?“

Diskussion mit

PD Dr. Oliver Decker, Vorstandssprecher des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus und Demokratieforschung an der Universität Leipzig

Prof. Dr. Michael Vester, Institut für Politische Wissenschaft der Leibniz Universität Hannover
Moderation: Birgit Morgenrath, Rundfunkjournalistin Köln

Ort: Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, (Gronewaldstr.) Hauptgebäude Hörsaal H124

Aktiv gegen Rechts

Regionalkonferenz, Samstag, 3. Dezember 2016, 9.30 Uhr, Herzogenrath

Ein breites Bündnis aus Bürgermeistern, Mandatsträgern, Initiativen, Organisationen und Parteien aus der Region Aachen lädt ein: „Unsere Ziele: Vernetzung der vorhandenen Initiativen, Vertiefung der Kenntnisse über Erscheinungsformen des Neofaschismus und der Rechtsentwicklung, Formulierung von Forderungen an Städte und Gemeinden, Austausch von Erfahrungen und Debatte über Widerstandsformen.“

Ablauf:

09.30 Uhr Begrüßung durch den Schirmherrn der Veranstaltung

Christoph von den Driesch
Bürgermeister von Herzogenrath

10.00 Uhr Vortrag und Diskussion: „Erscheinungsformen einer neuen Bewegung von rechts“

Alexander Häusler, TH Düsseldorf

11.30 Uhr Vorführung: Gemeinschaftsgrundschulen Pannesheide und Klinkheide – Schulen mit Courage, Schulen ohne Rassismus

12.00 Uhr Mittagessen, Infostände

13.00 Uhr Unterschriftenaktion des Herzogenrather Bündnisses gegen Rechtsextremismus

13.30 Uhr bis ca. 15.30 Uhr: Arbeitsgruppen

1. Geflüchtete am Beispiel der Ehrenamtsarbeit in Herzogenrath

mit Franz-Josef Kempen (Moderation), Heidi Baumsteiger (Teamleiterin Ehrenamtsbetreuung, Caritasverband Aachen-Land und Stadt Aachen), Jean Bizimana, Eva Druschke

2. Die neue Rechte im Kulturkampf

mit Helmut Kellershohn, Mitbegründer des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung

Moderation: Richard Gebhardt,
Politikwissenschaftler und Publizist

3. Damit Integration mehr ist als ein Schlagwort: Wir fordern gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen

mit Tayfun Keltek, Vorsitzender der Integrationsräte in NRW, Moderation: Amir Ghaei, Mitglied Integrationsrat Aachen

Wege gegen das Vergessen. Actionbound-Rallye durch Herzogenrath

SJD – Die Falken

15.30 Uhr Berichte aus den Arbeitsgruppen, Schlusserklärung

Ort: Europaschule in Herzogenrath-Merkstein
Am Langenpfaß 8
52134 Herzogenrath

Umkämpfte Räume. Widerstand und Rassismus in Ost- und Westdeutschland Gespräch, Sonntag, 4. Dezember 2016, 17 Uhr, Allerweltshaus, Köln

Die Vorbereitungsgruppe NSU-Tribunal lädt ein: „Der NSU hat gezielt migrantische Menschen angegriffen, deren Geschäfte und Existenzen eine selbstverständliche, gesellschaftliche Realität waren und sind. Doch diese Realität wurde und wird durch lange Kämpfe und Widerständigkeit gegen gesellschaftlichen Rassismus geschaffen. In Ost- und Westdeutschland fanden diese unter verschiedenen Voraussetzungen statt.“

Der Gesprächsnachmittag will diese Geschichten erzählen und ihre Konfrontation mit dem rassistischen Rollback der Wiedervereinigung thematisieren. Unter migrantischen Perspektiven wollen wir so einen Blick auf das gesellschaftspolitische Klima werfen, in dem das Netzwerk des NSU entstanden ist, ohne wie üblich nur die Täter_innen-Strukturen zu betrachten. Wir wollen damit die wichtige gesellschaftsbildende Rolle der migrantischen Kämpfe zeigen und zugleich verdeutlichen, was der NSU angreifen wollte.

Im Gegensatz zum erklärten Internationalismus der Staatsführung war die Migration in der DDR durch temporäre Vertragsarbeit sowie räumliche und soziale Segregation geprägt. Nur wenige schafften es nach den Massenabschiebungen und Pogromen Anfang der Neunziger-Jahre zu bleiben. Die Regierung Kohl hielt an der Fiktion fest, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Dabei hatten sich Millionen Aus- und Übersiedler, ehemaliger Gastarbeiter sowie Exilanten mit ihren Familien dauerhaft hier niedergelassen. Die Keupstraße wurde zum Sinn-

bild dieser gesellschaftlichen Veränderungen und ihre Bewohner deshalb zum Ziel des NSU-Terrors.



Erol Yıldız wuchs in der Türkei auf und kam als Student nach Köln. Als Soziologe setzte er sich an der Forschungsstelle Interkulturelle Studien der Uni Köln bereits in den 90er-Jahren mit der Keupstraße auseinander und widersetzte sich dem rassistischen Diskurs um diese in Köln-Mülheim.

Paulino José Miguel migrierte zweimal in die DDR, zuerst mit einem Ausbildungsprogramm für Kinder von mosambikanischen Befreiungskämpfern, ein zweites Mal als Vertragsarbeiter Ende der 80er-Jahre. Nach dem Fall der Mauer wehrte er sich erfolgreich gegen seine Abschiebung und studierte in Heidelberg und Aarhus. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt Migration bei DOMiD und arbeitete die Geschichte der Vertragsarbeiter in der DDR auf.

Massimo Perinelli ist Historiker und Referent für Migration der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In den 90er-Jahren war er Gründungsmitglied von Kanak Attak und beteiligt sich derzeit an der Vorbereitung des Tribunals „NSU-Komplex auflösen“.

Weitere Informationen:

<http://nsu-tribunal.de/event/umkaempfte-raeume/>

Gegen Rechtsextremismus – für Demokratie

Preisverleihung, Donnerstag, 8. Dezember 2016, 15 Uhr, Hochschule Düsseldorf

Die Hochschule Düsseldorf teilt mit: „Zum dritten Mal werden in diesem Jahr an der Hochschule Düsseldorf zwei Preise verliehen, mit denen Arbeiten junger Wissenschaftler*innen ausgezeichnet werden: Der „Nachwuchspreis des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus“ und der Preis „Demokratie und Zusammenhalt in der Vielfalt“ des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NRW“

Programm

15.00 Uhr Grußworte

15.30 Uhr Fachvortrag von Katrin Berlinger und Agnes Betzler: Extrem rechte Frauen als Opfer häuslicher Gewalt – Eine intersektionale Be-

trachtung unter dem Aspekt der Nutzung frauenspezifischer Zufluchtsstätten in Deutschland

16.15 Uhr Laudatio auf die Preisträger*innen

Kurzvorstellung der ausgezeichneten Arbeiten durch die Preisträger*innen

Themen: Konservatismus, Berichterstattung über Beate Zschäpe, Nation Europa, AfD, Brandanschlag Solingen

18.00 Uhr Sektempfang

Ort: Hochschule Düsseldorf
Münsterstrasse 156
40476 Düsseldorf

Anmeldung: forena@hs-duesseldorf.de

Unterstützung von geflüchteten Frauen bei frauenspezifischer Gewalt Workshop, Freitag, 9. Dezember 2016, 14 Uhr, Köln-Innenstadt

Agisra lädt ein: „Viele Multiplikator_innen, wie Sozialarbeiter_innen in Flüchtlingsunterkünften, Mitarbeiter_innen verschiedener Behörden, Schulsozialarbeiter_innen und Freiwillige aus Willkommensinitiativen, wenden sich an unsere Beratungsstelle, um Informationen und Handlungsmöglichkeiten zu erfahren in Bezug auf Unterstützung und Umgang mit traumatisierten Frauen, die aus frauenspezifischen Gründen geflohen sind, Gewalt während der Flucht erlebten bzw. Frauen, die in Flüchtlingsunterkünften leben und von sexuellen Belästigungen / Gewalt und/oder häuslicher Gewalt betroffen sind.

Frauen sind aufgrund ihres Geschlechts – sowohl in der Regelunterbringung in Flüchtlingswohnheimen, als auch in den Erstaufnahmeheimen – zusätzlichen Belastungen und Gefahren ausgesetzt. Frauen, die in Flüchtlingsunterkünften von häuslicher Gewalt betroffen sind, benötigen nach unserer Erfahrung dringend Informationen über ihre Rechte und die Möglichkeiten, sich aus diesen Gewaltsituationen zu befreien. Aufenthaltsrechtlich, sozialrechtlich und in Bezug auf das Gewaltschutzgesetz be-

steht jedoch häufig auch große Unsicherheit bei den professionellen und ehrenamtlich Unterstützenden.



Ziel des Multiplikator_innen-Seminars ist die Sensibilisierung für die geschlechtsspezifische Situation von Frauen in Flüchtlingsunterkünften und die Weitergabe von Informationen über die Rechte von Gewalt betroffener Flüchtlingsfrauen in Bezug auf das Gewaltschutzgesetz, Wohnsitzauflage, Zugang zu Frauenhäusern, Angebote des Hilfetelefons, Möglichkeiten und Hindernisse der Unterstützung bei „besonders schutzbedürftigen Personen“ nach der EU-Aufnahmerichtlinie und Empowermentansätze zur Stärkung der Frauen. Anhand von Fallbeispielen möchten wir Praxiserfahrungen weitergeben und zusammen mit den Teilnehmenden weitere Handlungsmöglichkeiten entwickeln.“

Teilnahmebeitrag: 15 Euro

Anmeldung: info@agisra.org

Ort: agisra e.V., Martinstr. 20a, 50667 Köln

Empowerment Workshops in Bildungskonzepten Vortrag, Donnerstag, 22. Dezember 2016, 16 Uhr, Uni Köln



„Gender studies in Köln“ und der „Arbeitskreis race, class, gender in Forschung und Lehre“ an der Uni Köln laden ein: „Empowerment aus People of

Color-Perspektive ist im wissenschaftlichen Feld um Bildung und Migration in der BRD bisher wenig vorzufinden. Dabei ist es Ziel von Empowerment-Arbeit, People of Color (PoC) zu Subjekten der Bildungsarbeit zu machen und mit den oft unhinterfragten weißen Normalitätsvorstellungen im Bildungswesen zu brechen, die oftmals auf einseitigen, defizitorientierten, kulturalisierenden oder viktimisierenden Blickwinkeln basieren. In meiner Dissertation widme ich mich dem People of Color-Empowerment-

Ansatz und dem Wissen von Empowerment-trainer_innen of Color, um ihre Impulse in der rassismuskritischen Bildungsarbeit weiter zu verankern. Wie sieht eine Bildungsarbeit aus, die sich explizit an Menschen mit Rassismuserfahrungen richtet? Hier möchte ich mich auf die Suche begeben, ob es Hinweise dafür gibt, theoretische Grundlagen der Rassismuskritik zu erweitern oder ob sich Konsequenzen für die rassismuskritische Bildungspraxis ziehen lassen.“

Mit: Maryam Mohseni

Eintritt: frei

Ort: Universität zu Köln, Hörsaal H 113 im IBW Gebäude (Gebäude 211)

Aktiv für Demokratie und Toleranz Preisträger aus Köln

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) teilt mit: „Bis zum 25. September hatten Projekte und Initiativen die Gelegenheit, sich beim bundesweiten Wettbewerb ‚Aktiv für Demokratie und Toleranz‘ 2016 zu bewerben. Insgesamt sind 410 Beiträge bis zum Einsendeschluss in der BfDT-Geschäftsstelle eingegangen.

Das BfDT freut sich sehr über den regen Rücklauf und bedankt sich herzlich bei allen Teilnehmenden für die Bewerbung und vor allen Dingen für das tolle Engagement. Alle Beiträge haben gezeigt, wie sich eine Vielzahl von Gruppen und Einzelpersonen in unserer Gesellschaft ideenreich und wirksam für ein demokratisches und tolerantes Miteinander einsetzt und engagiert.

Aus den Einreichungen hat der Beirat des BfDT in seiner Sitzung Ende November 84 Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet als Preisträger ausgewählt. Darunter aus Köln:

Erzähl- und Begegnungscafé für NS-Verfolgte:

Der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V. bietet seit 2005 in Köln und seit 2011 in Düsseldorf an mehreren Standorten regelmäßige ‚Erzähl- und Begegnungscafé für NS-Verfolgte‘ an. Die Begegnungscafés finden in einem geschützten Rahmen statt, in dem sich NS-Verfolgte – unabhängig von ihrem Verfolgungshintergrund – austauschen können.



Flüchtlinge Willkommen – Ankommen – Mitgestalten: Die ‚EqualNet Beratung SAL‘, hier Frau Dr. Sascha Luetkens, und der Körbe für Köln e.V. bieten mit dem gemeinsamen Projekt ‚Flüchtlinge Willkommen – Ankommen – Mitgestalten‘ seit September 2015 ehrenamtliche Sportangebote und Sozialtrainings für junge Geflüchtete an. Die Sportangebote, wie Basketball, Fußball, Schwimmen und Tanz erreichten bisher 500 junge Geflüchtete.“

Für ein weltoffenes und tolerantes Nordrhein-Westfalen Aufruf von Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

DGB NRW, unternehmer nrw, die katholische Kirche in NRW und die evangelischen Kirchen in NRW haben im November einen Aufruf veröffentlicht: „Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes, tolerantes und vielfältiges Bundesland, in dem Migranten und Zuwanderer bereits seit seiner Gründung einen festen Platz in unserer Gesellschaft haben. Das friedliche und respektvolle Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kultur, Herkunft und Religion ist bei uns seit Jahrzehnten gelebte Realität.

Mit Sorge beobachten wir eine zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft. Populisten schüren Ängste und Hass gegen Flüchtlinge, Moslems und Andersdenkende. Im Internet beobachten wir eine Verrohung des zwischenmenschlichen Umgangs, anstelle des rationalen Diskurses treten Hetze und Verschwörungstheorien. Aber es bleibt nicht bei verbalen Attacken, die Zahl von Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte ist so hoch wie nie zuvor.

Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände setzen sich für ein weltoffenes und tolerantes Nordrhein-Westfalen ein. Rassismus, Ausgrenzung und Respektlosigkeit dürfen keinen Platz in unserem Miteinander bekommen. Wir sind uns sicher, dass Solidarität und Zusammenhalt Voraussetzung für eine gute Zu-

kunft sind und stellen uns gegen jeden Versuch, unsere Gesellschaft zu spalten. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftliche Debatten durch sachliche Auseinandersetzungen und ein faires Ringen um die beste Lösung auszutragen sind, nicht durch Hass und Gewalt. Wir setzen uns ein für ein starkes und solidarisches Europa und sprechen uns gegen Nationalismus und Abschottung aus. Wir fühlen uns für die Menschen verantwortlich, die vor Krieg und Verfolgung zu uns geflüchtet sind, und sehen es als unsere Aufgabe, sie bei ihrer Integration zu unterstützen.

Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind sehr unterschiedliche Institutionen und haben zum Teil verschiedene Interessen. Uns verbindet aber ein gemeinsames Wertefundament, das auf einem klaren Bekenntnis zu unserem Grundgesetz, unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat beruht. Daher rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, Farbe zu bekennen und jeder Form von Hass, Rassismus, Beleidigung oder Gewalt entschieden entgegenzutreten. Unser Frieden, unsere Freiheit und unser Wohlstand sind nicht selbstverständlich. Es braucht selbstbewusste Demokratinnen und Demokraten, die täglich dafür einstehen – in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz und im privaten Umfeld.“

Extrem rechte Wahlparteien und ihr Umfeld in NRW Ein Vortragsangebot des Antirassistischen Bildungsforums

Das Antirassistische Bildungsforum: „Obwohl sie aktuell im Schatten der AfD stehen, die nach Umfragen mit um die 12 Prozent in den Landtag einziehen könnte, sind natürlich auch weniger erfolgreiche Rechtsaußenparteien weiterhin aktiv: „pro NRW“, „pro Deutschland“, „Die Republikaner“, NPD, die in NRW aus den neonazistischen „Freien Kameradschaften“ entstandene „Die Rechte“ und andere. Die meisten von ihnen werden zu den NRW-Landtagswahlen antreten – in Konkurrenz zur AfD.

Wie handlungsfähig sind diese Parteien und was unterscheidet sie voneinander? In welchen NRW-Kommunen sind sie überhaupt und in

welcher Form aktiv? Welches Umfeld haben sie und wie ist ihr Verhältnis zu Rechtsaußenbewegungen wie beispielsweise PEGIDA und HoGeSa – und zur AfD? Der Vortrag wird einen Überblick über die Entwicklung in NRW geben und hierbei auch lokale Beispiele benennen.

Referent: Jürgen Peters (freier Journalist, freier Mitarbeiter des Forschungsschwerpunkts Rechtsextremismus und Neonazismus der Hochschule Düsseldorf sowie Bildungsreferent des Antirassistischen Bildungsforums Rheinland in Bonn).“

Kontakt: E-Mail: bildungsforum@gmx.de
Tel.: 01520 / 849 4450

Vorurteilen so früh wie möglich entgegenwirken Methodenhandbuch zur rassismuskritischen Arbeit mit Kindern

Die Gewalt Akademie Villigst teilt mit: „Zukünftig können auch mit Acht- bis Zwölfjährigen die Themen Vorurteile und Rassismus systematisch angegangen werden. Während sich die meisten pädagogischen Handreichungen zum Thema an Jugendliche und junge Erwachsene richten, stellt das neue Handbuch eine Reihe von kindgerechten Methoden zur Verfügung.

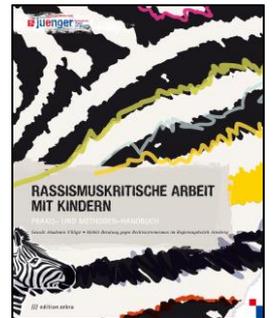
Das von der Gewalt Akademie Villigst und der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg konzipierte Methodenhandbuch reagiert damit auf zunehmende Anfragen um Praxishilfen für Jugendarbeit und Schule.

Den thematischen Kapiteln der Praxishilfe „Vielfalt“, „Sprache“, „Interkulturelles Lernen“, „Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe“ und „Interreligiöses Lernen“, stehen grundlegende

Überlegungen zum jeweiligen Thema voran. Die darauf folgenden Methoden sind übersichtlich strukturiert, mit Vorschlägen für Variationen, Beispielen sowie Erfahrungen der Herausgeber ergänzt.

Das 110 Seiten starke Handbuch ist ab sofort erhältlich und wird gegen eine Schutzgebühr von 6 Euro abgegeben. Zu beziehen ist das Buch über den Shop unter www.gewaltakademie.de

Die Gewalt Akademie Villigst (GAV) bietet begleitend zum Methodenhandbuch Seminare und Weiterbildungen an. Dabei arbeitet sie sowohl mit Multiplikatoren als auch mit Kindern selbst.“



Wahrnehmen – Deuten – Handeln Veröffentlichung zu Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit



In Zusammenarbeit mit der MBR hat der Paritätische Gesamtverband eine neue Handreichung herausgegeben: „Sie soll Basiswissen zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus für alle Menschen im Paritätischen und seinen Mitgliedsorganisationen zur Verfügung stellen. Orientiert an Praxis und Alltag, werden Tipps und Handlungsempfeh-

lungen für den Umgang mit rechtsextremen Positionen und Phänomenen gegeben. Ziel der Handreichung ist es, zentrale Ansatzpunkte zu beleuchten, Hilfestellungen zu leisten und auf weiterführende Informationsmöglichkeiten hinzuweisen.“

Download unter: http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2016/11/Rechtsextremismus_web_mbr.pdf

Flüchtlinge vor Ort in die Gesellschaft integrieren Anforderungen für Kommunen und Lösungsansätze

Der Deutsche Städtetag teilt mit: „Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie lässt sich nur gemeinsam bewältigen. Bund und Länder müssen die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, die Städte und Gemeinden tragen für Kitas, Schulen, Wohnungen und vieles mehr Sorge. Entscheidend aber wird die gesellschaftliche Akzeptanz sein – die Menschen müssen aufeinander zugehen, die neu Zugewanderten ebenso wie die Einheimischen.“

Für die deutschen Städte ist Integration kein Neuland. Sie verfügen über jahrzehntelange Erfahrungen und Handlungskonzepte für erfolgreiche Integration vor Ort. Trotz aller Erfahrung aber ist die Zuwanderung des vergangenen Jahres eine große Herausforderung, die nicht

leicht zu bewältigen ist. Die Städte und Gemeinden haben schon bei der Erstaufnahme der Flüchtlinge gezeigt, zu welchen Leistungen sie in der Lage sind. Nun muss sich der Schwerpunkt ihres Handelns auf die Integration der Menschen mit Bleibeperspektive verlagern.

Der Deutsche Städtetag will mit der Broschüre das Themenfeld der Integration und die damit verbundenen Herausforderungen darstellen. Und er will Anregungen für den Prozess der Integration geben. Erfahrungen aus der kommunalen Praxis sollen zu Empfehlungen für die kommunale Praxis werden.“

Die Broschüre zum Download unter
www.staedtetag.de/publikationen/beitraege

Schule Ohne Rassismus Neue Broschüre zum Netzwerk in NRW

Aus dem Vorwort: „Wie wollen wir in Deutschland zusammenleben? Diese grundlegende Frage besteht nicht erst seit dem verstärkten Zuzug geflüchteter Menschen im Sommer 2015, hat aber seither nochmal einen Zuspitzung in der Diskussion erfahren. Wie wollen wir miteinander umgehen? Sollen alle dieselben Rechte haben? Welche Haltungen sind uns wichtig, ja erscheinen uns nicht verhandelbar, wo kann es Toleranz und Akzeptanz geben? Wie lösen wir Konflikte? Kinder und Jugendliche beschäftigen diese Fragen sehr, weil sie viel damit zu tun haben, wie sie sich selbst sehen und in ihrem Umfeld verorten. Und sie haben eine Meinung zu diesen Themen. Sie wollen gehört werden und Einfluss nehmen können auf die Gestaltung der Schule und ihres Umfelds. Sie entwickeln ein Gespür für Ungerechtigkeit und Abwertung und sind bereit, sich für einen respektvollen Umgang miteinander einzusetzen. Voraussetzung dafür ist, dass die Erwachsenen sie lassen und dabei unterstützen.“

Unser Courage-Netzwerk will Schüler_innen diesen Raum bieten. Leitlinie unserer Arbeit ist die Grundrechte-Charta der EU, in der jede Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, der Hautfarbe, der sexuellen Ausrichtung, des Alters, des Vermögens, der körperlichen oder geistigen Konstitution verboten ist.

Zurzeit lernen über 450 000 Schüler_innen an einer der fast 600 Netzwerkschulen aller Schulformen in Nordrhein-Westfalen. Unterstützt von den Pädagog_innen entstanden und entstehen in den Schulen eine Vielzahl von Projekten und Aktivitäten, von denen wir einige in dieser Broschüre vorstellen.

Die Courage-Schulen finden in ihrer Arbeit Unterstützung bei einer Vielzahl von Kooperationspartner_innen. Diese reicht von der Planung von Aktions- und Projektwochen bis hin zur Unterstützung der Schulentwicklung im Sinne einer diversitätssensiblen Pädagogik. Dabei geht es darum, kulturelle Zuschreibungen zu überwinden und sich reflektiert mit Gemeinsamkeiten und Unterschieden auseinanderzusetzen.

Die Broschüre dient der Vorstellung der Netzwerkarbeit gegenüber Interessierten.“

Download unter: http://www.mobile-beratung-nrw.de/attachments/article/218/SORSMQ_NR_W_Broschuere.pdf



Neu in der Bibliothek

Gespaltene Mitte



Die Friedrich-Ebert-Stiftung teilt mit: „Im Jahr 2016 hat die FES-Mitte-Studie erstmals auch die Zustimmung und Ablehnung neurechter Einstellungen in der Bevölkerung erfasst. Die Neue Rechte transportiert über die Begriffe ‚Identität‘ und ‚Widerstand‘ ihre nationalistisch-völkische Ideologie und löst zunehmend den offenen Rechtsextremismus ab.

Verschwörungsmythen in Bezug auf eine vermeintliche Unterwanderung durch den Islam, die Behauptung eines Meinungsdictats, eine Beschimpfung des ‚Establishments‘ als illegitim, verlogen und betrügerisch, die Forderung nationaler Rückbesinnung gegen die EU und der Aufruf zum Widerstand gegen die aktuelle Politik bilden ein zusammenhängendes neurechtes Einstellungsmuster, das von fast 28 % der Bevölkerung vertreten wird. Je weiter rechts die Befragten sich selbst positionieren, desto eher vertreten sie auch diese Form neurechter Einstellungen. 84 % der AfD-Wähler_innen neigen zu neurechten Einstellungen.

40 % aller Befragten meinen, die deutsche Gesellschaft würde durch den Islam unterwandert. Mehr als jede/r Vierte (28 %) denkt: ‚Die regierenden Parteien betrügen das Volk‘, ebenso viele beklagen: ‚In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.‘ (28 %) und fordern: ‚Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.‘ (29 %). Dagegen ist die Stimmung in der Bevölkerung in Hinblick auf die Geflüchteten deutlich positiver, als vielfach unterstellt. Die Mehrheit der Bevölkerung äußert sich im Sommer 2016 wohlwollend oder zumindest in der Tendenz positiv zur Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland. Über die Hälfte der Befragten (56 %) findet die Aufnahme gut, weitere 24 % zumindest ‚teils-teils‘ gut und ist optimistisch, dass es der Gesellschaft gelingt, die aktuelle Situation zu bewältigen.

Nur 20 % finden es explizit ‚eher nicht‘ oder ‚überhaupt nicht‘ gut, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat. Eine kleine Minderheit fühlt sich persönlich durch Flüchtlinge in ihrer Lebensweise (6 %) bzw. finanziell (7 %) bedroht, allerdings befürchtet rund ein Viertel der Befragten ein Absinken des Lebensstandards in Deutschland. ‚Wir sollten der lauten Minderheit der Fremdenfeinde in den gesellschaftlichen Debatten nicht so viel Raum ge-

ben, sondern der demokratisch gesinnten Mehrheit mehr Aufmerksamkeit schenken‘, sagt Beate Küpper vom Autorenteam der Studie.

Konfliktträchtig sind die weitverbreiteten muslimfeindlichen Einstellungen (19 %) und die Zustimmung zu Vorurteilen gegenüber asylsuchenden Menschen; sie stiegen von 2014 (44 %) auf 50 % in 2016. Stabil hoch sind auch Zustimmungen zu negativen Meinungen über langzeitarbeitslose Menschen; sie werden von fast der Hälfte aller Befragten geteilt (49 %).

Mit Blick auf Unterschiede in demografischen Gruppen fallen signifikante Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Befragten auf: Fremdenfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, die Abwertung von Sinti und Roma, asylsuchenden und wohnungslosen Menschen sind im Osten signifikant stärker ausgeprägt. Auch bei den rund 26 % Anhängerinnen und Anhängern der AfD finden sich auffällig hohe Zustimmungswerte zu vorurteilsgeprägten und rechtspopulistischen Meinungen. Die Daten bestätigen: Jene, die die Ideen der AfD gut finden, sind im Vergleich zu 2014 deutlich nach rechts gerückt. AfD-Sympathisanten sind menschenfeindlicher und rechtsextremer eingestellt als Nicht-Sympathisanten. Dieser Trend hat sich seit der letzten FES-Mitte-Studie verstärkt.

Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) werden seit 2002 vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld untersucht. Dabei handelt es sich um abwertende und feindselige Meinungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen. Die daraus resultierende zehnbändige Reihe der ‚Deutschen Zustände‘ und die Reihe der seit 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Zweijahresrhythmus in Auftrag gegebenen Mitte-Studien zu rechtsextremen Einstellungen (bis 2012 in Kooperation mit der Universität Leipzig) werden in Form des vorliegenden Buchs nach 2014 zum zweiten Mal zusammengeführt. Es beschreibt auf Basis einer repräsentativen Erhebung für das Jahr 2016 das Bild einer gespaltenen Gesellschaft.“

Andreas Zick / Beate Küpper / Daniela Krause: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016.

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung
Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
Bonn 2016. 12,90 €
ISBN: 978-3-8012-0488-4

Am rechten Rand

Prozess Mülheim: Der Prozess gegen die beiden jungen Männer, die Anfang Januar eine Wohnung von Geflüchteten in Köln-Mülheim mit bengalischen Fackeln attackierten, sollte eigentlich am 2. November fortgeführt werden. Vor der Urteilsberatung sollte die Ex-Freundin des einen der beiden geständigen Täter (siehe

ibs-Newsletter November), die zum ersten Termin nicht erschienen war, als Zeugin aussagen. Wegen krankheitsbedingtem Ausfall eines Schöffen musste der Termin jedoch abgesagt werden. Wie es mit dem Verfahren weitergeht, ist damit unklar.

Antisemitische Beleidigung: Im April dieses Jahres pöbelte ein vorbeikommendes Paar gegen das Wachpersonal des Wohlfahrtszentrums der Kölner Synagogen-Gemeinde in der Ottostraße bzw. gegen die Bewohner_innen und Besucher_innen der Einrichtung. „Die gehören doch alle vergast“ und „Hier sollte man

eine Bombe reinschmeißen“, waren Aussagen der Frau.

Anfang November verurteilte das Amtsgericht Köln sie wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 800 Euro, ihren Lebensgefährten wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 500 Euro.

Krieger als neuer Bundesvorsitzender: Im November wurde Kevin Krieger zum Bundesvorsitzenden der „Republikaner“ gewählt. Zuletzt war der Pulheimer Landesjugendbeauf-

tragter der Partei in NRW und trat 2015 als OB-Kandidat in Köln an. Zuvor war er für „pro NRW“ aktiv und kandidierte 2014 bei der Kommunalwahl für die NPD.

Neonazistischer Aufmarsch in Remagen: Zum jährlichen „Trauermarsch“ im rheinland-pfälzischen Remagen erschienen am 12. November etwa 230 Neonazis aus Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Brandenburg. Aus dem Regierungsbezirk Köln beteiligten sich AktivistInnen von „Die Rechte Rhein-Erft“ und aus dem Oberbergischen Kreis, die stellvertretende Vorsitzende der NPD NRW, Ariane Meise, ehemalige Angehörige der „Kameradschaft Aachener Land“ sowie Ralph Tegethoff und seine Getreuen der neonazistischen Vereinigung „Sturm 8/12“. Die Demonstration, die von Angeklagten im noch immer laufenden Verfahren gegen das „Aktionsbüro Mittelrhein“ maßgeblich organisiert

wurde, führte wie jedes Jahr zur „Schwarzen Madonna“, einer Skulptur, die von einem Häftling der „Rheinwiesenlager“, der örtlichen alliierten Kriegsgefangenenlager nach dem 2. Weltkrieg, gefertigt wurde.



Dort leitete Tegethoff nach einer kurzen Rede mit antisemitischen Andeutungen die „traditionelle Totenanrufung“.

Schießerei mit rassistischem Hintergrund: In der Nacht auf den 19. November wurde ein 30-Jähriger in der Bahnhofstraße in Wesseling (Rhein-Erft) durch einen Schuss ins Bein verletzt. Er hatte im Auto an einer roten Ampel gehalten, zwei Fußgänger äußerten sich rassistisch. Daraufhin kam es zu einer „verbalen Auseinandersetzung“, heißt es in einer Meldung der Polizei. Einer der Passanten habe „Hetzpa-

rolen und Beleidigungen gegen Ausländer“ gerufen. Der Autofahrer stieg aus dem Auto aus, einer der beiden Fußgänger zog eine Waffe und schoss ihn ins Bein. Der Getroffene musste notoperiert werden.

Die Polizei konnte zeitnah einen 34 und einen 37 Jahre alten Tatverdächtigen festnehmen, auch Tatwaffe und Patronenhülse konnten sichergestellt werden.

Quer-Denken-Kongress in Bergheim: Am 26. und 27. November fand in Bergheim der „Quer-Denken“-Kongress statt, ein Kongress, auf dem Redner_innen aus verschwörungsideologischen, rassistischen, esoterischen und pseudomedizinischen Milieus zusammenkamen. Bis zuletzt hatte der Veranstalter mit Köln als Veranstaltungsort geworben. Statt der erwarteten knapp 1.000 Teilnehmer_innen besuchten nur um die 400 Personen den Kongress.

Stefan Holzporz, der Geschäftsführer der BM-Cultura/ MEDIO.RHEIN.ERFT, wo der Kongress stattfand, distanzierte sich im Vorfeld von der Veranstaltung. Zum Zeitpunkt der Buchung habe man nichts vom Charakter der Veranstaltung gewusst. Als das Programm dann veröffentlicht wurde, habe es keine Möglichkeit mehr gegeben, den Vertrag zu kündigen.

Neben Jürgen Elsässer, Chefredakteur des „Compact-Magazins“, und Gerhard Wisnewski, Autor in eben jenem Magazin, war Helmut Roewer eine Art Stargast des Kongresses. Roewer war von 1994 bis 2000 Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz. Damit fiel der Zeitraum des „Abtauchens“ des späteren NSU-Kerntrios in seine Amtszeit. Um ihn drehen sich einige Skandale und Kuriositäten aus dem Thüringer LfV. Seit seinem Ausscheiden publiziert er in „Compact“ und der „Jungen Freiheit“. Auch „Quer-Denken.TV“ hat er bereits ein längeres Interview gegeben, das auf dem Kongress nun erneuert werden sollte. In Bezug auf den NSU trägt er auch heute noch mehr zur Verschleierung denn zur Aufklärung bei. So heißt es in der Ankündigung für „Quer-Denken“: „Das Thema wird der sich seit fünf Jahren hinziehende Prozeß in Sachen NSU sein, eine Art juristischer Untoter, den man nicht abschließen kann: Weil die Täter unter

sehr eigenartigen Umständen ums Leben kamen, reihenweise Zeugen unter sehr eigenartigen Umständen ums Leben kamen, mehrere Mitarbeiter des Verfassungsschutzes unter sehr eigenartigen Umständen in die Taten verwickelt waren und die einzige Zeugin, die (noch) lebt, zwar nichts bezeugen kann, weil sie nicht dabei war, aber aus nicht nachvollziehbaren Gründen die Anklagepunkte bestätigt, was nichts wert ist.“



Vertreter des verschwörungsideologischen Lagers auf dem Kongress waren beispielsweise Dr. Daniele Ganser, der „Theorien“ verbreitet, die die US-Regierung hinter den Anschlägen vom 11. September 2001 sehen, sowie Heiko Schrang, Autor eines Buches namens „Die Jahrhundertlüge, die nur Insider kennen“. Schrang publizierte bereits in „Recht & Wahrheit“, einer kleinen Postille des langjährigen Neonazis Meinolf Schönborn.

Konferenz- und „Quer-Denken.TV“-Organisator Michael Friedrich Vogt ist fest verankert im extrem rechten und verschwörungsideologischen Spektrum: Er durchlief die „Burschenschaft Danubia München“, landete dann als freier Mitarbeiter bei Jan van Helsing's „Secret-TV“ und gründete schließlich „Aufbruch Gold-Rot-Schwarz“, wo die Existenz bzw. die Souveränität Deutschlands bestritten wird.

Etwa 60 Personen demonstrierten unter dem Motto „Achtung Verstrahlung von Rechts“ mit Aluhüten und Papierfliegern gegen die Veranstaltung. (he)

Bildnachweise:

- S. 1: Jörn Neumann
- S. 2: NS-DOK
- S. 4: Kölner Tribunalforum
- S. 5: agisra (o.), GeStiK (u.)
- S. 6: Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.
- S. 7: Gewaltakademie Villigst (M.), Paritätische Gesamtverband (u.)
- S. 8: SoR NRW
- S.9: Verlag J.H.W. Dietz Nachf.
- S. 10: leftpictures (flickr)
- S. 11: Köln gegen Rechts

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de